

Betr.: Gespräch mit Erich Honecker am 16. September 1974

Der Erste Sekretär der SED, Erich Honecker, empfing mich heute zu dem angekündigten Gespräch im hiesigen "Haus des Zentralkomitees". Das Gespräch fand unter vier Augen statt; es dauerte ~~4 Std.~~ <sup>eine Stunde und</sup> 35 Minuten. Zu Beginn waren auf Einladung der DDR Fernsehen, Hörfunk und Fotografen sowohl aus der Bundesrepublik als auch aus der DDR zugegen; Honecker stellte am Ende des Gesprächs - über das von ADN ein kurzes Kommuniqué veröffentlicht wurde - anheim, in welchem Umfang wir davon in der Öffentlichkeit berichten wollten. Ich sagte dazu, für uns sei es selbstverständlich, daß ich zunächst die Bundesregierung unterrichtete; im ganzen hielten wir es für nützlicher, möglichst wenig Einzelheiten aus der Unterredung mitzuteilen. Es war deutlich, daß von Seiten der DDR eine starke Publizität gewünscht wurde.

Weisungsgemäß bestätigte ich dem SED-Chef <sup>höchst</sup> ~~eingangs~~ den <sup>Eingang</sup> ~~Empfang~~ seines Briefes beim Bundeskanzler und erwiderte Honeckers Grüße <sup>mit Größe</sup> ~~von Seiten~~ des Kanzlers. Honecker bedankte sich ~~dafür~~ und begann das Gespräch mit einer ausführlichen grundsätzlichen Darlegung der Lage zwischen den beiden Staaten. Nach seinem Verständnis zeigten die beiden Briefe und auch die Tatsache meines heutigen Gesprächs mit ihm, daß die beiden Staaten in der Normalisierung zügig vorankommen könnten, sofern auf beiden Seiten Vernunft walte. Honecker: "Wenn man ohne Illusionen an die Dinge herangeht ist eine gute Entwicklung möglich". Um dies sicherzustellen, stelle er mir <sup>mich</sup> anheim, im Zuge der nun beginnenden "offiziellen Verhandlungen" ~~nie~~ <sup>mit ihm</sup> jederzeit "direkt und persönlich" bei ihm zu melden, sofern bei

bei Gesprächen Probleme auftauchten.

Die ökonomischen Fragen zwischen den beiden Staaten, so fuhr Honecker fort, seien im Sinne der Sondierungsgespräche als lösbar anzusehen. (Honecker kam im übrigen auf diese Themen <sup>an</sup> im Verlauf des Gesprächs nicht mehr zurück.) Die ökonomischen Fragen seien <sup>aber</sup> natürlich nicht nur rein ökonomischer Natur; Sie hingen eng mit der Lösung politischer Probleme zusammen.

Ein Zusammenhang bestehe auch zwischen der weiteren Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten und der allgemeinen Entspannung in Europa. Zur Stunde sei ihm noch nicht bekannt, was Gromyko in Bonn besprochen habe; nach seiner Vermutung vor allem die Reise des Bundeskanzlers nach Moskau. Sicher sei aber jetzt und künftig, daß zwischen den beiden deutschen Staaten die Dinge nur vorankommen könnten, wenn es zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR zur Fortsetzung der Entspannung komme. Die gesamte Entwicklung muß nach Honeckers Ausführungen eingebunden werden in die Ergebnisse der europäischen Sicherheitskonferenz. Er hoffe - und gehe allerdings davon auch als sicher aus -, daß die KSZE bald erfolgreich beendet werden könne. Nach seinem Verständnis teile Bundeskanzler Schmidt diese Auffassung. Im späteren Verlauf des Gesprächs kam Honecker auf diesen Punkt noch einmal zurück; Er betonte, daß ein erfolgreicher Abschluß auch im Bereich von "Korb drei" nützliche Konsequenzen auch bilateral haben werde.

Besonders in diesem Zusammenhang, aber <sup>mehrmals auch</sup> auch verschiedentlich an anderen Stellen des Gesprächs betonte der SED-Sekretär, daß er sich von der "Nüchternheit der neuen Bundesregierung, vor allem des neuen Bundeskanzlers" viel verspreche. Es seien manche Gefühle untergegangen;

dies könne ~~aber~~ der Normalisierung <sup>des</sup> nur guttun. Man müsse immer im Auge behalten, <sup>welche Möglichkeiten</sup> was zwischen den beiden deutschen Staaten ~~in~~ <sup>in</sup> Möglichkeiten für die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen gegeben sei und wo die Grenze liege. Unverrückbar stehe fest, daß die beiden deutschen Staaten von Grund auf unterschiedliche Gesellschaftssysteme hätten und die DDR durch nichts aus ihrer Verankerung im sozialistischen Lager herausgeführt werden könne. Wenn man dies nichtern sehe, sei ~~es~~ <sup>es</sup> vieles zwischen den beiden Staaten möglich.

Honecker sprach in diesem Zusammenhang von dem Segen, den "30 Jahre Frieden in Europa" nach 1945 schon gehabt hätten. Honecker: "Die Welt wird anders aussehen, wenn wir jetzt dafür sorgen, daß zunächst einmal weitere 30 Jahre Friede herrscht. Dann wird man weiter sehen. Jetzt sollten wir alle erst einmal an diese Phase und diese Aufgaben denken". Honecker wendete dabei das Gespräch ins Persönliche und sprach von seiner "unauslöschlichen Erinnerung" an den Bombenkrieg in Berlin, in dem er als "Zuchthauswärterling" ~~zwischen~~ <sup>in</sup> Bergen von Toten und Räumen von Blindgängern eingesetzt worden sei. Honecker: "Ich werde die toten Frauen und Kinder nicht vergessen". Die Friedenssicherung ist das oberste Ziel, daß wir alle haben". Er erwähnte dann ~~an~~ die nach seiner Auffassung anhaltende Gefahr des Faschismus; dabei nannte er Chile und fügte hinzu, was in Italien werde, wisse man ~~ja~~ auch noch nicht. In Portugal und Griechenland sei der Faschismus zwar zusammengebrochen, aber es stünden in diesen Ländern noch große Schwierigkeiten zu erwarten.

Der SED-Chef kehrte dann zu den bilateralen Fragen zurück. Er sagte, daß es "im Kern" bei den anstehenden Problemen ~~da~~ immer auch um die Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin gehe. Bei Vernunft aller Beteiligten könnten dafür sehr wohl konkrete Verabredungen getroffen

werden. Honecker faßte seine Ausführungen zusammen: "Es ist jetzt eine gute Basis vorhanden, die Dinge zügig zum Abschluß zu bringen".

Honecker übergab mir dann drei schriftliche Unterlagen, die er auf seinen Wunsch hin mit mir zusammen <sup>durchginge</sup> durchlas. (Es handelt sich <sup>erstens</sup>

um eine Direktive des Politbüros an das Verkehrsministerium der DDR für Verhandlungen mit unserem Verkehrsministerium über Fragen des Eisenbahnverkehrs, eines Autobahnbaues zwischen Westberlin und Hamburg, der Autobahnreparatur <sup>zwischen</sup> Helmstedt und Berlin, der Öffnung des Teltow-Kanals und anderer Verkehrsfragen; <sup>zweitens</sup> um

eine Mitteilung der DDR an den Regierenden Bürgermeister Schütz vor allem über Reiseerleichterungen; und <sup>drittens</sup> um

eine Mitteilung an mich zu Händen der Bundesregierung, vor allem auch über Reiseerleichterungen.

Ich werde diese Unterlagen morgen im Original im Kanzleramt übergeben.

Honecker bezeichnete die Papiere als "Gedächtnisstütze" für die Beratungen der Bundesregierung. <sup>Beim Durchgehen der Papiere betonte Honecker,</sup> Honecker und ich gingen die Papiere durch, wobei er betonte, daß er damit nur den Rahmen für die jetzt möglichen Regelungen abstecken wolle. Experten könnten die Einzelheiten dann prüfen. Er lege jedoch "ebenso wie der Bundeskanzler" großen Wert darauf, daß die politisch zu bestimmende und zu erörternde und auszuhandelnde Normalisierung "nicht von den Experten zerfasert wird".

[Danach sprach]

Honecker sprach dann von sich aus die nun beginnende Prozedur der Verhandlungen an. Er wiederholte, daß ich mich jederzeit an ihn wenden könne; dies vor allem auch, da man von seiner Seite es für praktisch ansah, würde die Gespräche und Verhandlungen vor allem <sup>in Berlin</sup> in der Hauptstadt der DDR zu führen. Mein Verhandlungspartner dafür werde der DDR-Vizeaußenminister Nier sein; dieser stehe mir "schon von dieser Woche an" zur Verfügung.

Sollte es zu Verhandlungen auf Fachebene kommen (Honecker: "Zum Beispiel zwischen den Verkehrsministerien"), so ~~es~~<sup>stche</sup> nach Auffassung der DDR meiner Einschaltung in diese Verhandlungen auch in Bonn nichts im Wege. Für diesen Fall könne dann auch der Vertreter der DDR in Bonn, Kohl, hinzugezogen werden. In jedem Falle aber sei es nach Ihren Erfahrungen nützlich, wenn vor allem in Ostberlin gesprochen werde. Die DDR komme damit den Wünschen des Bundeskanzlers entgegen; die Gespräche zwischen Kohl und Gaus führen zu lassen erscheine der DDR nicht praktisch; es werde dadurch auch eine unnötige Präzedenz geschaffen. Die bisherigen Nachfolgeverhandlungen zum Grundvertrag sollten auch nach Auffassung der DDR durch ~~die Verhandlungsführung~~<sup>Verabredete</sup> für die aktuellen und allgemein politischen Fragen nicht berührt werden. In Zusammenhang mit diesen Nachfolgeverhandlungen erwähnte Honecker noch einmal, wie schon bei dem Leipziger Gespräch, das Abkommen über Wissenschaft und Technik, in dessen Rahmen vieles an wünschenswerten Kontakten geregelt werden könne.

Ich bedanke mich für die Hinweise, die Honecker mir gegeben habe und sagte, daß ich weisungsgemäß einige Fragen zu stellen hätte. ~~zunächst~~<sup>zunächst</sup> müßte ich jedoch mitteilen, daß der Bundeskanzler nun einen größeren Kreis von zuständigen Ministern und Mitarbeitern über den Stand der Kontakte zu unterrichten habe. Honecker sagte, er begreife und wisse dies; er wisse außerdem, daß damit "gewisse Schwierigkeiten auch in der Öffentlichkeit" verbunden seien. Was die DDR jetzt erlebe, sei nach seiner Meinung überaus geeignet, der Bundesregierung "einen sehr guten Stand" in Fragen der Politik zwischen den beiden deutschen Staaten gegenüber der Bonner Opposition und deren Presse zu geben. Er hoffe und wünsche sehr ("ohne daß ich mich in die Angelegenheiten Ihres Staates einmischen will"), daß die Bundesregierung die sich abzeichnenden Ergebnisse entsprechend verwerten werde. Was ihn beruhige sei der Eindruck, daß die neue Bundesregierung offensichtlich "zu kämpfen versteht".

Welsungsgemäß fragte ich dann, welche Rolle das Politbüro-Mitglied Günter Mittag, das Honecker in seinem Brief erwähnt habe, bei den Verhandlungen spielen solle. Honecker sagte, Mittag sei als der interne Koordinator auf ihrer Seite vorgesehen, der zwischen den Experten abstimmen solle. Es stehe mir persönlich als Unterhändler jederzeit frei, mich an Mittag zu wenden, wenn mir dies nützlich erscheine. Im Übrigen aber werde Mittag bei den Verhandlungen uns gegenüber nicht in Erscheinung treten.

Zur angekündigten Mindestumtauschregelung trug ich vor, daß der Bundeskanzler die Ankündigung begrüße, aber wünsche, daß darüber weiter nachgedacht und auch gesprochen werden würde. Honecker dazu: Er nehme die Anregung auf und sage ausdrücklich, daß man auf seiner Seite "über Härtefälle" weiter nachdenken werde. Er müsse auch darauf hinweisen, daß die DDR jetzt ankündige, den Mindestumtausch vom 3. Tag<sup>an</sup> nicht für Familien, sondern entsprechend unserer Anregung für Personen aufzuheben. Er begrüße es, daß der Bundeskanzler auch den jetzt beabsichtigten Schritt nützlich finde und gutheiße. Darüber hinauszugehen, sei derzeit auch für ihn (Honecker) nicht ohne weiteres möglich. Nach seinem Eindruck verkenne man auf unserer Seite oft die Schwierigkeiten, die "zum Beispiel in der SED manche Stimmungen" der Führung machten. Er verstehe, daß man auf unserer Seite beispielsweise wenig gegen den Mißbrauch auf den Transitstrecken tun könne. Wir sollten aber auch verstehen, daß auch die DDR und vor allem die SED nicht ohne "eine Art öffentlicher Meinung" seien. Honecker faßte dann noch einmal zusammen: Man werde gewiß weiter nachdenken und "bis 1976 kann noch mehr geschehen."

Zur Familienzusammenführung erinnerte ich daran, daß wir diese Angelegenheit kontinuierlich behandelt sehen wollten, also nicht nur als eine einmalige, für das laufende Jahr gegebene Zusicherung. Honecker: "Einverstanden. Dies

muß und wird kontinuierlich weitergeführt". Er fügte <sup>Wurden</sup> ~~Hier~~ hinzu, daß er <sup>hinter, dass er</sup> (nach Blick in sein Notizbuch) am 11. September gerade eine neue Liste für die Familienzusammenführung über 501 Personen, davon 229 Kinder abgezeichnet habe.

Ich sagte, der Bundeskanzler vermissen bisher ein Eingehen Honeckers auf die Frage der Herabsetzung des Rentenalters für Reisen in die Bundesrepublik. Honecker erwiderte, daß er <sup>nicht</sup> ~~nicht~~ wüßte, daß "die Menschen in der DDR noch weiter aufgeteilt werden nach Altersgruppen". Generell könne man sagen, daß bei der sich jetzt anbahnenden Entwicklung künftig mehr Menschen als "Touristen oder auf andere Weise" aus der DDR in die Bundesrepublik reisen könnten und sollten. Aber es gebe dabei auch psychologische Schwierigkeiten. "Wir wollen unsere Leute nicht als Bettler reisen lassen, die ein Begrüßungsgeld benötigen". Die DDR habe zwar den höchsten Lebensstandard unter den sozialistischen Ländern, aber es <sup>bleibe</sup> ~~bleibe~~ noch viel zu tun. Die vorgeschlagene neue Regelung für den Mindestumtausch, die natürlich auch für <sup>andere</sup> ~~andere~~ Besucher aus westlichen Staaten gelten müsse, werde eine Mindereinnahme für die DDR "in Millionenhöhe" bedeuten. Dies alles zusammen mit seinem Wunsche, die Bevölkerung nicht nach Altersgruppen einzuteilen und unterschiedlich zu behandeln, machten die Frage der Herabsetzung des Rentenalters für Reisen schwierig. Honecker: "Vieles haben wir schon <sup>genehmigungsgelb.</sup> ~~individuell~~ getan, z.B. bei Heiratserlaubnis. Wir werden auch in <sup>der Reisefrage</sup> ~~dieser Frage~~ nach Lösungen suchen, <sup>ohne</sup> ~~ohne~~ dass jetzt schon eine genannt werden kann." So habe man doch auch den Kreis der Gehaltnisträger in der DDR, der nicht reisen dürfe, erheblich verkleinert und auf ein vernünftiges Maß gebracht. Honecker: "Im westdeutschen Fernsehen habe ich gesehen, daß dies in Bayern keineswegs so gut geregelt ist wie bei uns".

Ich bedankte mich für die Auskünfte auf meine Fragen und schlug dann vor, daß eine etwaige Einladung des DDR-Verkehrsministeriums an unser Ministerium und auch die Übermittlung der neuen <sup>Regelungen</sup> Bestimmungen für den Reiseverkehr an den Berliner Senat zunächst noch nicht erfolge, <sup>in so HTE-W</sup> damit die Bundesregierung Gelegenheit habe zu prüfen, wie jetzt konkret auf der Ebene Nier/Gaus und auf Fachebene die verschiedenen Punkte weiter verhandelt werden sollten. Honecker war damit einverstanden. Wir vereinbarten, daß ich (Honecker: "Ende dieser Woche oder nächste Woche; es eilt uns nicht.") ~~Hier~~ unterrichten werde, welchen Weg die Bundesregierung vorschlägt.

Das Gespräch fand in Honeckers Arbeitszimmer statt. Das ist ein etwa 45 m<sup>2</sup> großer Raum, ohne Plüsch und Pleureusen eingerichtet. Gegenüber der Fensterfront ist die Längswand mit weißlicher Lederimitation verkleidet. In <sup>einer in die</sup> ~~der~~ Schrankwand eingelassenen Nische sind eine Büste von Marx, ein Bauarbeiterhelm, ein Sputnikmodell und eine Raketenpanzer aufgestellt. Hinter dem hellbraunen großen Schreibtisch ist ein großes Medaillon mit dem Profil von Marx angebracht; an der Schrankwand hängt als einziger weiterer Bildschmuck ein Bild ~~mit Widmung~~ <sup>mit Widmung</sup> von Brezhnev. Eine Sitzgruppe mit vier hellen Polstersesseln komplettiert das Zimmer.

Gaus

70. 0. 77.

Mitteilung an den Leiter der Ständigen Vertretung der  
BRD in der DDR, Herrn Günter Gaus

---

1. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat beschlossen, mit Wirkung vom die Erhebung des verbindlichen Mindestumtausches für Bürger der BRD, die länger als 3 Tage in der Deutschen Demokratischen Republik besuchsweise Aufenthalt nehmen, aufzuheben.

Die davon betroffenen Besucher können nach dem 3. Tag ihres Aufenthaltes in der Deutschen Demokratischen Republik nach eigenem Ermessen und Bedürfnissen bei den Banken und Wechselstellen der Deutschen Demokratischen Republik Zahlungsmittel der Deutschen Demokratischen Republik in beliebiger Höhe zu den in der Deutschen Demokratischen Republik gültigen Umtauschverhältnissen erwerben.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gestattet sich, darauf hinzuweisen, daß alle bereits bisher geltenden großzügigen Befreiungen vom verbindlichen Mindestumtausch für

- Bürger der BRD, die zum Zeitpunkt ihrer Einreise in die Deutsche Demokratische Republik nachweisbar das 16. Lebensjahr nicht vollendet haben

- Delegationen und Personen, die von staatlichen Organen oder gesellschaftlichen Organisationen der Deutschen Demokratischen Republik eingeladen wurden
- Teilnehmer an Stadtrundfahrten in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik und in Potsdam
- Teilnehmer an der organisierten Touristik und
- Teilnehmer an der Jugendtouristik

unverändert bestehen bleiben.

Auf Anfrage kann erläutert werden, daß die von der Regierung der DDR getroffene Entscheidung bedeutet:

- Bürger der BRD, die sich besuchsweise bis zu 3 Tagen in der Deutschen Demokratischen Republik aufhalten, haben den verbindlichen Mindestumtausch - wie bisher - im Gegenwert von 20,- Mark der Deutschen Demokratischen Republik durchzuführen;
- Bürger der BRD, die zu einem Tagesaufenthalt in die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik einreisen, haben - wie bisher - einen verbindlichen Mindestumtausch im Gegenwert von 10,- Mark der Deutschen Demokratischen Republik durchzuführen;

- Bürger der BRD, die länger als 3 Tage zum besuchsweisen Aufenthalt in die Deutsche Demokratische Republik einreisen, haben für die ersten 3 Tage den verbindlichen Mindestumtausch im Gegenwert von 20,- Mark der Deutschen Demokratischen Republik vorzunehmen.

Nach dem 3. Tag ihres Aufenthaltes können sie den Erwerb von Zahlungsmitteln der DDR entsprechend ihrem eigenen Ermessen auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen der DDR durchführen.

2. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat beschlossen, daß mit Wirkung vom ..... weitere Erleichterungen im grenzüberschreitenden Personenverkehr zwischen der BRD und der DDR wirksam werden. Demzufolge erhalten Bürger der BRD, die auf der Grundlage der zwischen der DDR und der BRD getroffenen vertraglichen Vereinbarungen über den Reise- und Besucherverkehr in die DDR einreisen, in großzügiger Weise ohne Vorliegen besonderer Voraussetzungen auf Antrag die Genehmigung zur Benutzung von Pkw.

Die geltenden Festlegungen für Einreisen von Bürgern der BRD mit Pkw zu einem Tagesaufenthalt in besonders festgelegte Kreise der DDR nahe der Staatsgrenze zur BRD werden davon nicht berührt.

Alle anderen bisher geltenden Bestimmungen über den Reise- und Besucherverkehr bleiben unverändert in Kraft.